Synopse

Änderung Verordnung VöB

Geltendes Recht	Arbeitsversion
	Verordnung zum Gesetz über öffentliche Beschaffungen (Beschaffungsverordnung, VöB)
	<i>Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,</i> unter Verweis auf seine Erläuterungen Nr. [P-Nr. eingeben], <i>beschliesst:</i>
	I.
	Verordnung zum Gesetz über öffentliche Beschaffungen (Beschaffungsverordnung, VöB) vom 11. April 2000 (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:
§ 4 ¹ Die Anbietenden haben auf Verlangen des Einigungsamtes nachzuweisen, dass bei Arbeitsleistungen in der Schweiz das Diskriminierungsverbot des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann beachtet wird.	¹ Die Anbietenden haben auf Verlangen des Einigungsamtes <u>der Beschaffungsstelle</u> nachzuweisen, dass bei Arbeitsleistungen in der Schweiz das Diskriminierungsverbot des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann beachtet wird.
§ 5 ¹ Das Einigungsamt prüft von Amtes wegen oder auf Antrag, ob die Anbietenden die für öffentliche Beschaffungen verlangten Arbeitsbedingungen und das Diskriminierungsverbot gemäss dem Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann einhalten. ² Überprüfungsanträge von baselstädtischen Beschaffungsstellen sind für das Einigungsamt verbindlich.	¹ Das Einigungsamt prüft von Amtes wegen oder auf Antrag, ob die Anbietenden die für öffentliche Beschaffungen verlangten Arbeitsbedingungen und das Diskriminierungsverbot gemäss dem Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann einhalten. ³ Bei Beschaffungen der Departemente ist für die Kontrolle der Einhaltung der Lohngleichheit die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männer (GFM) zuständig. Sie kann Dritte mit der Durchführung von Kontrollen beauftragen.

Geltendes Recht	Arbeitsversion
	<p>⁴ Die anderen dem Beschaffungsrecht unterstellten Beschaffungsstellen sorgen selbst für die Einhaltung und Kontrolle der Lohngleichheit. Sie können Dritte mit der Durchführung von Kontrollen beauftragen.</p>
<p>§ 6</p> <p>¹ Das Einigungsamt stellt Verstösse gegen Arbeitsbedingungen und das Diskriminierungsverbot gemäss dem Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann, die zum Ausschluss von Vergabeverfahren führen können, durch Verfügung fest.</p> <p>² Es kann Firmen, die bei der Erfüllung öffentlicher Aufträge gegen Arbeitsbedingungen oder das Diskriminierungsverbot gemäss dem Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann verstossen haben, für eine dem Verschulden angemessene Dauer von der Teilnahme an Vergabeverfahren ausschliessen.</p>	<p>¹ Das Einigungsamt <u>Die zuständige Stelle</u> stellt Verstösse gegen Arbeitsbedingungen und das Diskriminierungsverbot gemäss dem Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann, die zum Ausschluss von Vergabeverfahren führen können, durch Verfügung fest.</p> <p>^{1bis} Die zuständigen Stellen sind:</p> <p>a) das Einigungsamt bei Verstössen gegen Arbeitsbedingungen;</p> <p>b) die GFM beziehungsweise die Beschaffungsstelle bei Verstössen gegen das Diskriminierungsverbot gemäss dem Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann.</p> <p>² Es kann Firmen <u>Die zuständigen Stellen können Anbietende</u>, die bei der Erfüllung öffentlicher Aufträge gegen Arbeitsbedingungen oder das Diskriminierungsverbot gemäss dem Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann verstossen haben, für eine dem Verschulden angemessene Dauer von der Teilnahme an Vergabeverfahren ausschliessen.</p>
	<p>II.</p>
	<p><i>Keine Änderung anderer Erlasse.</i></p>
	<p>III.</p>
	<p><i>Keine Aufhebung anderer Erlasse.</i></p>
	<p>IV.</p>
	<p>Diese Änderung ist zu publizieren; sie tritt am fünften Tag nach der Publikation in Kraft.</p>

Geltendes Recht	Arbeitsversion
	Im Namen des Regierungsrates Der Präsident: Beat Jans Die Staatsschreiberin: Barbara Schüpbach-Guggenbühl